



02. Februar 2016

Position der FDP-Landtagsfraktion zum Waffenrecht

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach den islamistischen Terroranschlägen in Frankreich hat die Europäische Kommission am 18. November 2015 Vorschläge zur Verschärfung des europäischen Feuerwaffenrechts vorgelegt. Bereits am Tag der Veröffentlichung der Vorschläge wiesen wir auf die völlig verfehlte Verquickung verbrecherischen Handelns von Terroristen mit dem Verhalten unbescholtener Bürger hin. **Der Ansatz, legalen Waffenbesitz weiter zu sanktionieren, um illegalen Waffenbesitz zu erschweren, ist abwegig.** Die Vorschläge der Europäischen Kommission treffen jedoch allein in Baden-Württemberg 45.748 Sportschützen, 39.506 Jäger und 1.557 Waffensammler.

Wir als FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg haben die Pläne der Europäischen Kommission unter anderem im zuständigen Innenausschuss thematisiert und um eine Ablehnung der Vorschläge geworben. Am 26. Januar 2016 nahmen wir sie zum Anlass, unsere Haltung zum Waffenrecht noch einmal gebündelt und klar in einem **Positionspapier der FDP-Fraktion zum Waffenrecht** zu formulieren. Diese



Positionierung, die Sie auch über die Homepage <http://fdp-dvp-fraktion.de/service-und-dienste/downloads/> abrufen können, ist beigefügt.

Im Unterschied zu anderen Fraktionen des Landtags widmen wir uns dem Thema Waffenbesitz ohne ideologische Reflexe. Schon in der Vergangenheit war es uns ein Anliegen, den Vorverurteilungen und Verunglimpfungen mit seriöser Aufklärung entgegenzutreten. Unsere freiheitliche Verfassung ermöglicht und schützt Waffenbesitz, lässt aber auch Raum für seine Regulierung. Allerdings darf diese Regulierung nicht darauf hinauslaufen, den Umgang mit Waffen in unserer heutigen Gesellschaft völlig zu unterbinden, wie dies beispielsweise die Grünen anstreben. Vielmehr ist ein angemessener Ausgleich zwischen den grundgesetzlich geschützten Freiheitsinteressen der Waffenbesitzer und dem staatlichen Gefahrenabwehrinteresse zu finden, wie das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung richtig feststellt. Wenn man diese verfassungsrechtliche Situation ernst nimmt, kann man weiteren Verschärfungen des Waffenrechts nicht das Wort reden. Dafür gibt es auch überhaupt keinen Bedarf. Unsere ebenfalls anliegenden parlamentarischen Initiativen zeigen, dass von Waffenbesitzern keine besondere Gefahr ausgeht. Beispielsweise blieben im Jahr 2015 in über 90 Prozent der Fälle die strengen waffenrechtlichen Kontrollen beanstandungslos. Das für diese manchenorts dennoch **Gebühren** von über 100,00 Euro in Rechnung gestellt werden, ist ein **Ärgernis besonderer Güte, welches abgeschafft gehört**.

Leider sind viele Parteien nur zu gern bereit, das Waffenrecht weiter zu verschärfen. Dies gilt nicht nur für Grüne, Linke und SPD. Die CDU präsentiert sich vor Ort zwar als Freund der Waffenbesitzer, wenn es dann aber um eine Veränderung des Waffenrechts zugunsten der Waffenbesitzer geht, bleibt davon nicht viel übrig. Bereits in der letzten schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene hatte es die FDP so nicht leicht. Die Grünen wollten kriegsähnliche Waffen und das Großkaliber verbieten, Bürger und Vereine sind u. a. auch mit diesen Zielen an die CDU herangetreten. Innenpolitiker der Union sprachen von Druck, den u. a. Familien- und Sozialpolitiker der eigenen Parteien auf sie machten. In diesem Klima war es das erste Ziel der FDP, das Thema „Waffenrecht“ aus der politischen Diskussion rauszuhalten, damit die Aufrechterhaltung des status quo nicht immer schwieriger wird. In den letzten zwei Jahren der Legislatur warben wir dann bei CDU/CSU für eine Vereinfachung des Waffenrechts, die auch nach Einschätzung von Experten erforderlich ist. Die Union lehnte dies nicht nur kategorisch ab, sie versuchte auch, das Nationale Waffenregister zu einem Ausforschungsinstrument der Sicherheitsbehörden auszubauen, was wir verhindern konnten. So blieb es weitgehend beim status quo, den die FDP als Erfolg verbuchte, den manche Waffenbesitzer aber nicht als solchen betrachteten.



Jetzt, in der schwarz-roten Koalition zeigt sich indes, dass vor allem die Schützen nicht auf die CDU/CSU bauen können. Es ist immerhin **Minister Schäuble**, der den **Entzug der Gemeinnützigkeit von Vereinen**, die sich mit dem IPSC-Schießen beschäftigen, verordnet hat. Hier im Land haben die Jäger unter dem neuen grün-roten Jagdrecht zu leiden. An beiden Beispielen sieht man, wie sehr eine FDP in Regierungsverantwortung fehlt.

Wir hoffen, wir konnten Ihnen unsere Position zum Waffenrecht näher bringen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Ulrich Goll

innenpolitischer Sprecher

Dr. Friedrich Bullinger

jagdpolitischer Sprecher